

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Zürich, 10. Dezember 2013

Personenfreizügigkeit ist kein Erfolgsmodell

Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident SVP des Kantons Zürich

Jedes Land auf dieser Welt steuert seine Einwanderung. Sei dies USA, Japan, Kanada, Australien oder China. Jedes Land kennt Regeln, wer dort einwandern und arbeiten darf.

Die Schweiz hat mit der Einführung der Personenfreizügigkeit dieses Prinzip aufgegeben. Die Folge davon ist eine massive Zuwanderung von rund 70'000 Personen jährlich seit 2002.

Die Folgen davon spüren wir täglich auf den Strassen und in den Zügen. Der Staat muss massiv in die Infrastruktur investieren, Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen, Schulhäuser und notabene auch das Gesundheitswesen.

Es ist ein Fakt, dass das BIP pro Kopf nicht gestiegen ist. Dies bedeutet, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner im Durchschnitt gleich arm oder gleich reich ist wie dies vor der Einführung der Personenfreizügigkeit der Fall war. Mit anderen Worten haben wir ein rein quantitatives Wachstum. Dem Einzelnen bleibt nicht mehr. Dafür haben wir einen Verlust an Lebensqualität. Es wird einfach ausgedrückt „enger in der Schweiz“.

Auch die Statistiken widerlegen die These, dass nur „hochqualifizierte“ Einwandern. Die Einwanderung findet vor allem auch in Tieflohnbereichen statt. Auch die Mär, dass nur einwandert, wer eine Arbeitsstelle hat, war eine bundesrätliche Lüge im Jahre 2002, welche heute vollends entlarvt ist.

So zählen wir bei den Portugiesen eine Arbeitslosigkeit von weit über 8 Prozent, auch die immer als hochqualifiziert bezeichneten Deutschen sind „arbeitsloser“ als die Schweiz. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit bei den Personen, welche aus dem EU Raum stammen, wesentlich höher als bei den Schweizerinnen und Schweizer. Die Arbeitslosenrate verharrt in der Schweiz denn auch auf bedenklich hohem Niveau, obwohl viele statistisch „ausgesteuert“ sind.

Die Firmen, welche vor allem auf die Personenfreizügigkeit pochen, haben eine schizophrene Haltung. Zwar ist es tatsächlich eine Erleichterung für die Wirtschaft, wenn sie aus 800 Millionen Personen Personal rekrutieren kann. Wenn es aber schlecht läuft, dann entlassen die gleichen Firmen die geholten Personen und schicken sie aufs RAV. Dies ist die Tatsache.

Deshalb ist die Initiative der SVP der richtige Weg. Wir haben nichts gegen ausländische Arbeitskräfte. Im Gegenteil; diese sind nötig und eine Bereicherung. Wir haben aber etwas dagegen, dass auch bei hoher Arbeitslosigkeit einfach Personen aus dem Ausland geholt werden können. In der Gastronomie ja sogar im Baugewerbe beispielsweise gibt es eine hohe Anzahl von arbeitslosen Personen. Trotzdem wird immer noch ausländisches Personal reingeholt. Es ist halt vielfach so, dass man lieber einen 20 jährigen Portugiesen einstellt anstatt einen 45 jährigen aus Ex-Jugoslawien, welcher seit Jahren hier lebt.

Zudem führte die Personenfreizügigkeit dazu, dass die Personen nicht in erster Linie in die Privatwirtschaft „einwanderten“ sondern zu einem grossen Teil in die öffentliche Verwaltung. Diese werden mit Steuergeldern und Gebühren bezahlt. Die Economiesuisse blendet dies grosszügig aus, obwohl es umfangreiches statistisches Material dazu gibt.

Schweiz ist nicht Mitglied der EU

Die EU kennt die volle Personenfreizügigkeit, da sich die EU nicht nur als Binnenmarkt sondern als Völkergemeinschaft betrachtet. Faktisch ein Staatenbund mit nationalen Staaten. Dass dieser Staatenbund alles andere als stabil ist, ist jedem klar. Grossbritannien spioniert zusammen mit den Amerikanern Deutschland aus. Soviel zur Idee der Gemeinsamkeit. Im weiteren ist Grossbritannien drauf und dran, die volle Personenfreizügigkeit in Frage zu stellen. Auch in anderen Ländern ist die Personenfreizügigkeit nicht mehr ein Tabuthema. Wenn ein sozialistischer Präsident in Frankreich eine Roma-Familie ausschaffen kann, nur weil diese Romas sind, dann muss man sich fragen, vor was die Schweizer Politiker Angst haben.

Haben wir Angst davor, der EU mitzuteilen, dass Ausländer bei uns willkommen sind, wir aber nur so viele Arbeitskräfte in die Schweiz lassen wollen, wie wir benötigen. Was ist daran schlimm oder verwerflich? Es wäre eigentlich auch eine logische Forderung innerhalb der EU solange die Sozialleistungen nicht EU weit geregelt sind. Jedem vernünftigen Mann leuchtet diese in. Die Personenfreizügigkeit wird über kurz oder lang auch in der EU dazu führen, dass ein Wettbewerb über die schlechtesten Sozialleistungen in den EU-Staaten stattfinden wird.

Die Schweiz als Nicht EU Mitgliedsland muss sich vor Brüssel nicht fürchten. Der EU-Botschafter droht zwar. Passieren wird jedoch gar nichts. Erstens ist die

Schweiz der 2. Grösste Kunde der EU, zweitens ist die EU sowieso nie einig. Was also soll passieren?

Behält die Schweiz die Personenfreizügigkeit aufrecht, werden alle Dämme brechen. Mit Bulgarien, Rumänien, welche bald die volle Freizügigkeit kennen mit Kroatien und allenfalls in naher Zukunft Serbien werden die Tore aufgetan. Bereits heute stellen wir fest, dass wir eine Zuwanderung in den Sozialstaat haben. Es werden mehr Gelder an EU Bürger aus der ALV ausbezahlt als eingenommen werden. Einzig die AHV ist noch positiv, was nicht verwunderlich ist, da das Geld das heute einbezahlt wird für heutige Rentnerinnen und Rentner gebraucht wird. Jeder Einwanderer, der heute kommt, wird aber auch einmal AHV beziehen. Und wer finanziert diese dann, noch mehr Einwanderer?

Wer eine Schweiz will, welche auf Qualität statt Quantität baut, sagt JA am 9. Februar 2013.